

Streit um Entschädigungen für Kraftwerk

Im Matreier Gemeinderat flogen am Donnerstag die Fetzen, weil am Tauernbach und an der Isel Kraftwerke geplant sind.



An der Isel bei Huben plant die Gemeinde gemeinsam mit einem Osttiroler Unternehmer ein Kraftwerksprojekt.

Foto: www.brunner-images.at

Matrei in Osttirol - Tiwag-Chef Bruno Wallnöfer persönlich war nach Matrei gekommen, um die letztgültige Variante des schon lange geplanten Kraftwerks am Tauernbach zu präsentieren: „Tauernbach-Gruben“ heißt das deutlich geschrumpfte Vorhaben, das bis Ende März 2013 eingereicht werden soll. 90 Millionen Euro will die Tiwag investieren, um nahe der Felbertauernstraße 85 Gigawattstunden Strom zu erzeugen. Geplante Betriebsaufnahme: 2020.

An der Frage der Entschädigung entzündete sich eine lebhafte Debatte. „Bei bestehenden Kraftwerken gibt es Sätze von 1,30 Euro pro Megawattstunde. Aber bei diesem konkreten Projekt muss ich mich bedeckt halten, was die Entschädigung betrifft“, so Wallnöfer. Für eine Beteiligung der Gemeinde, wie die oppositionelle Matreier Liste es fordert, konnte sich Wallnöfer nicht erwärmen. „Der Zeitpunkt ist zu spät, und das Kraftwerk ist zu klein.“

Doch Oppositionsführer Oswald Steiner beharrte darauf: „Da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die Tiwag kann kein Kraftwerk bauen, wenn die Gemeinde dagegen ist.“ Entschädigungszahlungen nach den genannten Sätzen von 1,30 Euro pro Megawattstunde seien nur Almosen, so Steiner. BM Köll konterte: „Wir wollen eine Kombination von einmaligen und regelmäßigen Entschädigungen.“ Über die Höhe der Zahlungen müsse erst verhandelt werden.

Auch das zweite Matreier Kraftwerk, das Thema in der Sitzung war, sorgte für Diskussionen. An der Isel bei Huben plant die Gemeinde gemeinsam mit einem Osttiroler Unternehmer ein Projekt. Laut Bürgermeister zeigen auch zehn Osttiroler Gemeinden Interesse an einer Beteiligung. Der Wunsch Kölls, über das Vorhaben

vertraulich zu beraten, wurde nicht erfüllt: Die dafür nötige Zwei-Drittel-Mehrheit im Gemeinderat kam nicht zustande.

Zum endgültigen Eklat zwischen der Bürgermeisterliste und der Opposition kam es bei der Beratung über die Verschwiegenheitsklausel, die Teil einer Abmachung zwischen der Gemeinde und dem Osttiroler Unternehmer sein sollte. Steiner warf dem Bürgermeister in diesem Zusammenhang sinngemäß vor, nachträglich Dokumente zu verändern. Daraufhin kündigte Köll seinem Widersacher eine Klage wegen Kreditschädigung an. (co)

Tiroler Tageszeitung, Onlineausgabe vom Do, 15.11.2012 19:26
aktualisiert: Fr, 16.11.2012 10:49